KLeeblatt vom 15.08.2018, S.6

JA oder NEIN zum Bergbau in Giesen?

Giesen. Dafür oder dagegen, das ist immer wieder die Frage, wenn es um Bergbau in Giesen geht; die Positionen werden meist schwarz-weiß gemalt. „Aber die Welt ist nun mal bunt", wie Ingo Fietz von der Bürgerinitiative Giesen Schacht betont. „Alle Verfechter einer bedingungslosen Wiederaufnahme des Kalibergbaus in Giesen werden nicht müde darauf hinzuweisen, dass das Planfeststellungsverfahren nach Recht und Gesetz durchgeführt wird, dafür stehe das Landesamt (LBEG)." Wenn aber dieselben Gesetze dann angewendet werden sollen, würden dieselben Personen Arbeitsplätze und Investitionen vor Ort als Gegenargument anführen. Die Bürgerinitiative Giesen Schacht beklagt, dass das Argument Arbeitsplätze zu oft gegen ökologische Aspekte ausgespielt würde. Dabei ginge es auch anders. Fietz: „Anders in Spanien, dort wurden Arbeitsplätze mit Umweltschutzmaßnahmen geschaffen. Die Althalden werden nach Einschreiten der EU verwertet und das Grundwasser saniert. Nur in unserem Technologieland soll das technisch nicht möglich sein? Dies sei nicht Stand der Technik in Deutschland. Im Gegensatz dazu hat K-UTEC bereits weltweit gezeigt, dass der Kalibergbau ohne Halden auskommen kann, wenn es nur die staatlichen Vorgaben verlangen."

Und weitere Punkte bereiten Fietz Sorgen: „Die ungeklärten, unbehandelten Abwässer, die in die Innerste geleitet werden. Jede Kommune, auch die Gemeinde Giesen, muss hohe Standards bei der Abwasserbeseitigung erfüllen, sie dokumentieren und regelmäßig durch externe Sachverständige überprüfen lassen. In der Kaliindustrie übernimmt dies alles das Unternehmen selbst, Selbstkontrolle genannt. Externe, unabhängige Kontrollen sind Fehlanzeige, die Zuständigkeiten werden zwischen den Behörden hin- und hergeschoben.

Dazu eine neue Halde, wenige hundert Meter von der Wohnbesiedlung entfernt, mit einer Basis von 600 x 900 Metern und einer Höhe von über 70 Metren, die in Windrichtung errichtet werden soll und gemäß Antragsunterlagen über 80 Jahren auch ins Grundwasser einsinkt (…). Und dann ist da noch der ausziehende Wetterschacht, direkt an ein Wohngebiet grenzend. Angeblich sind Feinstaub, Stickoxyde etc. sind kein Thema, obwohl schon von Belastungen während der ersten Betriebsphase bis 1987 berichtet wird."

Ingo Fietz verweist außerdem auf die großen Flächen und Ausgleichsflächen, die der Betrieb benötigen würde. Fietz befürchtet daher „den Verkauf der Heimat. (…) Seit Jahrzehnten wirbt die Gemeinde Giesen mit ihrer hervorragenden Wohninfrastruktur und –qualität." Ihn irritiert, dass gerade gleichzeitig für den Ausbau des Glasfasernetzes, um die Attraktivität der Wohngemeinde zu erhöhen, und für die Ansiedlung von der Kaliindustrie „mit signifikanten Belastungen für die Nachbarn, Bewohner der Ortschaften" geworben werde. Lobend äußert sich Ingo Fietz hingegen in anderer Richtung: „Die Arbeit des Kreistages und seines Umweltausschusses ist mutig, bemerkenswert und an den Gesetzen orientiert. Hier wird der juristische Grundsatz „alle sind vor dem Gesetz gleich" befolgt und umgesetzt. Nur so kann dem Lobbyismus begegnet werden." Grundsätzlich gelte aber, dass es umso schwieriger werde, sich für Ja oder NEIN, „schwarz" oder „weiß" zu entscheiden, je tiefer man in die Details eindringe. „Die Lösung kann aus unserer Sicht nur ein hochmoderner Bergbau mit geringstem Landverbrauch, unter Einsatz der modernsten Produktionstechniken bei bestmöglichem Umweltschutz und vollständiger Verwertung der Rohstoffe oder Versatz der Rückstände sein."

Weiterführende Informationen unter www.bi-giesenschacht.de oder bei Facebook. ■